



Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Martina Fehlner, Annette Karl, Ruth Müller, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Arif Taşdelen, Margit Wild, Florian von Brunn, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann SPD**

Für Pressefreiheit und Medienpluralismus in Europa kämpfen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

In Polen, Ungarn, Slowenien und Österreich sind die Freiheit und der Pluralismus der Medien als Grundpfeiler der modernen Demokratie zunehmend bedroht.

Die sich kontinuierlich verschlechternde Presse- und Medienfreiheit in einigen europäischen Mitgliedstaaten wird äußerst kritisch gesehen. Diese Entwicklungen sind unvereinbar mit den Grundrechten der EU.

Der Landtag begrüßt vor diesem Hintergrund die Entschließung des Europäischen Parlaments zur Medienfreiheit und der weiteren Verschlechterung der Lage der Rechtsstaatlichkeit in Polen (2021/2880(RSP) vom 16.09.2021) sowie den Aktionsplan vom 20.10.2021 zu Europas Medien in der digitalen Dekade (2021/2017(INI)).

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich bei der EU-Kommission in geeigneter Weise für folgende Maßnahmen einzusetzen:

- Die Kommission setzt sich als Hüterin der europäischen Verträge für die Wiederherstellung der Pressefreiheit in den genannten Mitgliedsländern ein und fördert die Verbesserung der Medienfreiheit und des Qualitätsjournalismus.
- Die Kommission sanktioniert durch die Aussetzung oder Kürzung von EU-Mitteln staatliche Übernahmen unabhängiger Medien, Verzerrungen des Medienmarkts und Eigentumskonzentrationen sowie den Missbrauch von Regulierungsinstrumenten zum Aufbau eines staatlich abhängigen Mediensektors auf Kosten des kritischen Journalismus konsequent.
- Die Kommission unterstützt mit geeigneten EU-Programmen die Sicherstellung der Unabhängigkeit der Medien sowie die Medien- und Informationskompetenz.
- Die Kommission bekämpft Verleumdungsklagen gegen Journalisten durch eine EU-weite Gesetzgebung.

Begründung:

Pressefreiheit und Medienpluralismus sind hohe Güter der Demokratie. Angriffe auf den Medienpluralismus sind Angriffe auf europäische Werte. Wie zahlreiche Untersuchungen¹ zeigen, ist in Ungarn, Polen, Slowenien, Österreich eine Aushöhlung des Medien-

¹ siehe beispielsweise EU Medien-Pluralismus-Monitor aus 7/2021

pluralismus zu beobachten und zum Teil eine freie Berichterstattung nicht mehr möglich. Unabhängige Medien geraten zunehmend unter Druck, während regierungsnahen Medien gestärkt werden. Diese Entwicklung ist mit den europäischen Grundsätzen unvereinbar. Debatten im Europaparlament über die Lage der Pressefreiheit zeigen, dass eine Mehrheit der Abgeordneten diese akut bedroht sehen und die EU-Kommission wiederholt dazu aufgefordert haben, deutliche Antworten auf die Angriffe gegen die Pressefreiheit zu finden und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen einzuschreiten. Dazu gehören neben dem Artikel-7-Verfahren, finanzielle Sanktionen, die Anwendung des beschlossenen Rechtsstaatsmechanismus sowie eine europaweite Gesetzgebung, um Verleumdungsklagen gegen Journalisten zu erschweren.